

Rede von Franz Fischler anlässlich der Präsentation der Halbzeitbewertung der GAP (Brüssel, 10. Juli 2002)

Quelle: RAPID. The Press and Communication Service of the European Commission. [ON-LINE]. [Brussels]: European Commission, [22.06.2005]. SPEECH/02/330. Disponible sur <http://europa.eu.int/rapid/start/welcome.htm>.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_franz_fischler_anlaesslich_der_prasentation_der_halbzeitbewertung_der_gap_brussel_10_juli_2002-de-495d94b1-c58c-4652-956f-6a50c2bba1fa.html

Publication date: 05/09/2012

Rede von Dr. Franz FISCHLER, Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei, Europäisches Parlament - Agrarausschuss (Brüssel, 10. Juli 2002)

Für eine nachhaltige Landwirtschaft - Präsentation der Halbzeitbewertung der GAP

Meine Damen und Herren,

Die Kommission hat heute den Mid-Term Review beschlossen, mit dem wir die Gemeinsame Agrarpolitik noch näher an die Bauern, Konsumenten und Steuerzahler bringen wollen. Um das zu erreichen, ist es mit Retuschen nicht getan. Bildlich gesprochen: Es genügt keine Kosmetik, wir brauchen ein Face-Lifting, um der Gemeinsamen Agrarpolitik ihre Glaubwürdigkeit zurückzugeben! Die Kommission ist zur Überzeugung gelangt, dass die Agrarpolitik Änderungen braucht, um den Anforderungen unserer modernen Gesellschaft, aber vor allem den Bedürfnissen der europäischen Landwirte besser gerecht zu werden.

Wenn ich von Face-Lifting spreche, meine ich aber auch, dass deswegen das Herz der GAP nicht in Frage gestellt werden darf. Wir brauchen auch in Zukunft eine starke und einheitliche Agrarpolitik auf EU-Ebene, die das Vertrauen der Bürger genießt und den Binnenmarkt garantiert.

Ein Fördersystem, das falsche Produktionsanreize setzt, das Bauern animiert, möglichst intensiv zu produzieren, das viel zu bürokratisch ist und das die Bauern in die Zwangsjacke steckt, ihre Produktion nach Subventionen auszurichten statt an den Bedürfnissen des Marktes, läuft Gefahr, die Unterstützung der europäischen Steuerzahler zu verlieren. Solch eine Entwicklung ist sicher nicht in unserem Sinne, und ganz sicher nicht im Sinne unserer Bauern.

Die Konsumenten wollen eine Agrarpolitik sehen, die Anreize bietet, das zu produzieren, was sie wollen, und nicht das, wo es die höchsten Subventionen gibt. Wie auch Umfragen zeigen, sind die Prioritäten gesunde Qualitätslebensmittel, aber genauso eine saubere Umwelt und lebenswerte Kulturlandschaften.

Die Kommission hat in Berlin 1999 den klaren Auftrag bekommen, verschiedene Kapitel der Agrarpolitik zu überprüfen. Und über die Berliner Beschlüsse hinaus haben wir die Verpflichtung, die Schlussfolgerung des Göteborg-Gipfels umzusetzen. Dort hat die EU einstimmig beschlossen, das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in der Agrarpolitik sicherzustellen.

Die Ziele, die wir uns 1999 für die Agrarpolitik gesetzt haben, sind nach wie vor gültig. Die EU braucht einen wettbewerbsfähigen Agrarsektor, der die Umwelt schont, den Konsumenten Qualität und Lebensmittelsicherheit gibt und den Bauern ein angemessenes Einkommen garantiert. Die bestehenden agrarpolitischen Elemente reichen aber nicht aus, um diese Ziele zu erreichen. Deshalb können wir nicht auf Abwarten setzen, sondern müssen unsere Politik jetzt anpassen.

Das sind die Gründe für die heutigen Vorschläge. Die Kommission ist der Überzeugung, dass es im Interesse aller Beteiligten ist, die Agrarpolitik aktiv weiterzuentwickeln, durchaus manche Tabus zu brechen, anstatt den Agrarsektor mit Beruhigungspillen abzuspäisen, die aber am Ende die Zukunft der Bauern vergiften.

Was wollen wir mit unseren Vorschlägen für unsere Landwirte erreichen?

* Wir wollen ihnen ihre Unternehmerfunktion zurückgeben, damit sie für ihre Kunden produzieren, und nicht für die Interventionslager.

* Wir wollen den Landwirten ein angemessenes Einkommen sichern. Es bleibt dabei: Unsere Landwirte haben es verdient, für ihre Qualitätserzeugnisse, für ihre Umweltleistungen, für ihre Landschaftspflege angemessen bezahlt zu werden.

- * Wir wollen die Landwirte von der Last der Agrarbürokratie befreien. Sie sollen ihre Arbeitszeit auf dem Betrieb einsetzen, und nicht mit dem Ausfüllen von Formularen verschwenden.
- * Wir wollen den Bauern finanziell helfen, die hohen Produktionsstandards, die unsere Bürger von ihnen erwarten, zu erfüllen. Qualität soll sich auszahlen!
- * Wir wollen ihnen auch helfen, ihre Produkte besser zu vermarkten.
- * Wir wollen Bauern nicht für Überproduktion, sondern für das bezahlen, was die Gesellschaft will: sichere Lebensmittel, lebendige ländliche Räume und eine intakte Umwelt.
- * Wir wollen die Agrarförderungen besser rechtfertigen, nach dem Prinzip: "Leistung und Gegenleistung". Der Bauer in der EU produziert viele öffentliche Güter, von der Umwelt über die Landschaftspflege bis hin zum Tierschutz. Diese Leistungen werden nicht vom Markt bezahlt, aber von der Gesellschaft gefordert, also müssen sie von der Agrarpolitik direkt abgegolten werden.

Um das alles zu erreichen, sind vor allem zwei Dinge notwendig:

Von den Direktzahlungen den Anreiz zur Überproduktion wegzunehmen

Die ländliche Entwicklungspolitik auszubauen

In der Zukunft sollen die Bauern ihre direkten Einkommenszahlungen bekommen, ohne Getreide oder Rindfleisch produzieren zu müssen. Sehr wohl müssen sie aber die von der Gesellschaft geforderten öffentlichen Güter, die ja nicht vom Markt abgegolten werden, in zufriedenstellender Weise herstellen. Das bedeutet nicht nur eine massive Verwaltungsvereinfachung, sondern auch, dass die Förderungen keine Produktionsanreize auslösen, die am Markt vorbeigehen.

Gleichzeitig wollen wir aber auch, dass die direkte Einkommenszahlung gekürzt wird, wenn schwarze Schafe Umwelt-, Lebensmittelsicherheits- und Tierschutzstandards nicht einhalten. Dazu sollte es in Zukunft einen europäischen Rahmen geben, innerhalb dessen die Mitgliedsländer die Details festlegen können.

Die Einhaltung dieser Standards muss natürlich so transparent wie möglich sein. Deshalb schlagen wir die Einführung eines Audit auf den Bauernhöfen vor, durch das die Einhaltung der Standards überprüft wird.

Mir ist klar, dass mit einem solchen Audit auch Kosten auf die Bauern zukommen. Deswegen schlagen wir vor, diese aus dem ländlichen Entwicklungstopf mitzufinanzieren.

Wenn wir die Agrarförderungen verstärkt in Richtung Abgeltung der Zusatzleistungen unserer Landwirtschaft umleiten wollen, dann müssen wir auch die Modulation in allen Mitgliedstaaten verpflichtend einführen. Wir wollen, wie in der Agenda 2000 bereits diskutiert, jedes Jahr zusätzlich 3% der Direktzahlungen einbehalten. Davon sollen die ersten 5.000 € und für jede über zwei hinausgehende Arbeitskraft weitere 3.000 € ausgenommen werden. Das durch die Modulation eingesparte Geld geht aber der Landwirtschaft nicht verloren, sondern es wird nach einem objektiven Schlüssel auf die Mitgliedstaaten verteilt und kann dort für die ländliche Entwicklung eingesetzt werden. In der Endausbaustufe planen wir, dass nach sieben Jahren 20% der Direktzahlungen auf diese Weise umgeleitet werden. Das würde eine massive Erhöhung der von der EU zur Verfügung gestellten ländlichen Entwicklungsgelder bedeuten.

Zusätzlich soll es eine Obergrenze der modulierten Direktzahlungen von 300.000 € pro Betrieb geben. Die

dadurch eingesparten Mittel bleiben im Budget des jeweiligen Mitgliedstaates, der dann selbst entscheiden kann, ob und wie er sie in der ländlichen Entwicklung einsetzt.

Die ländliche Entwicklung soll aber nicht nur finanziell gestärkt werden. Wir wollen den Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit für neue Maßnahmen geben, die den Landwirten helfen sollen, marktorientierter zu produzieren und die verlangten Produktionsstandards zu erfüllen. So schlagen wir neue Programme zur Qualitätsverbesserung der Produkte vor.

Einerseits betrifft das die Zertifizierung der Produktion, andererseits die Vermarktung von Qualitätsprodukten, von Produkten mit geographischen Ursprungsbezeichnungen und Bio-Erzeugnissen. Landwirte, die mehr als das gesetzlich Verlangte für die artgerechte Tierhaltung tun wollen, können in Zukunft ebenfalls auf einen direkten Ausgleich ihrer zusätzlichen Kosten zählen.

Nun noch zu den Marktordnungen:

- Bei Getreide müssen wir uns gerade nach dem jüngsten US-Farmbill auf verstärkte Marktschwankungen einstellen. Die Intervention muß daher auf die Funktion eines echten Sicherheitsnetzes zurückgeführt werden, weshalb der in Berlin nicht vorgenommene letzte Teil der Preissenkung von 5 % bei entsprechendem Ausgleich jetzt vorgenommen werden sollte. Damit dürfte sichergestellt sein, dass die EU in Zukunft auch ohne Getreidexporterstattungen auskommen kann.

- Gleichzeitig sollte man über den Wegfall der monatlichen Zuschläge nachdenken. Dies würde die Marktverwaltung deutlich vereinfachen und die Fluidität des Marktes im Jahresverlauf verbessern.

- Im Blick auf den nicht mehr intakten Außenschutz wird die Gemeinschaft ein neues effizienteres System in der WTO verhandeln um vor allem besser den Tiefpreisexporten aus der Schwarzmeerregion begegnen zu können.

- Bei Roggen werden 3/4 der Produktion inzwischen der Intervention angedient. Dies ist unsinnig, so dass die Intervention abgeschafft werden soll, um wieder ein Marktgleichgewicht zu erreichen.

- Beim Hartweizen sehen wir uns mit der Tatsache konfrontiert, dass etwa 1 Mio. Tonne statt für Pastaspezialitäten für Futtermittel verwendet wird. Gleichzeitig kritisiert der Rechnungshof die Höhe des spezifischen Zuschlags als Überkompensation. Wir schlagen daher vor, den spezifischen Zuschlag in den traditionellen Gebieten auf 250 € pro Hektar abzusenken, die Sonderbeihilfen in den anderen Anbaugebieten ganz abzuschaffen, aber eine Qualitätsprämie von 15 € pro Tonne zu gewähren, wenn eine Abnahmeverpflichtung an die Verarbeitungsindustrie nachgewiesen wird.

- Die Trockenfutterregelung, die der Europäische Rechnungshof wegen der Art der Erzeugung und des hohen Energieverbrauchs kritisiert hat wird auf Direktzahlungen umgestellt die auf historischen Referenzräumen basieren.

- Angesichts der von Ministerrat und EP jahrelang verlängerten Ad-hoc-Regelung für Schalenfrüchte hält es die Kommission für sinnvoller, die bestehenden Jahresregelungen durch eine generelle Pauschalzahlung von 100 € pro Hektar zu ersetzen.

Für den Rindersektor schlagen wir vor, die tierbezogenen Zahlungen von der Produktion zu entkoppeln und sie durch eine einzige, betriebsbezogene Einkommenszahlung auf der Grundlage der historischen Prämienansprüche zu ersetzen. Bei den stark im Interesse der Öffentlichkeit stehenden Exporterstattungen für Lebendvieh sollten die Bedingungen strikter gefaßt und die Kontrollen verschärft werden.

Für den Milchsektor schließlich haben wir folgende vier Optionen analysiert:

- Die Beibehaltung der Agenda 2000-Maßnahmen bis 2015

- Eine Wiederholung des Agenda-Ansatzes nach dem ersten Reformschritt
- Die Einführung einer zweistufigen Quotenregelung entsprechend dem Zuckervorbild und
- Die Abschaffung der Quote entsprechend dem Rechnungshof-Ansatz in seinem Spezialbericht vom letzten Jahr.

Wegen der in Berlin beschlossenen Verschiebung der Reformbeschlüsse sind die konsultierten Sachverständigen nahezu einhellig der Meinung, dass die positiven Wirkungen der Reform leider erst in den Jahren nach 2008 erfolgen. Von daher könnte sich die Frage stellen, ob man die Milchreform nicht doch besser vorziehen sollte, insbesondere um die guten Chancen auf dem Weltmarkt besser wahrnehmen zu können.

Lassen Sie mich nun eine letzte Marktordnung ansprechen, den Reis. Die schrittweisen Zollsenkungen für Reiseinfuhren im Rahmen der Initiative "Alles außer Waffen" wird zu einer dramatischen Verschlechterung auf dem EU-Markt führen. Ich halte es daher für unverantwortlich, gegenüber den Reisanbauern in der EU zuzuwarten, wie sich diese Lage weiter verschlechtert. Wir müssen daher den Interventionspreis auf den Weltmarktpreis absenken. Dies wird aber den Grundsätzen der Agenda 2000 entsprechend zu 88 % ausgeglichen. Außerdem wird eine kulturspezifische Beihilfe gezahlt, die der Rolle der Reiserzeugung in den traditionellen Feuchtgebieten Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren,

Die Kommission respektiert mit ihrem Vorschlag die von den Regierungschefs beschlossene Obergrenze für den Agrarhaushalt, der ja bis 2006 fixiert ist.

Darüber hinaus hat der heutige Vorschlag zwei positive Nebeneffekte.

Er erleichtert die Erweiterung und

Er bringt uns in den WTO Verhandlungen in die Offensive.

Das neue System der produktionsunabhängigen Einkommensbeihilfe verzerrt den Handel nicht und wirkt sich deshalb auch nicht negativ auf die Entwicklungsländer aus. Im Gegensatz zur Uruguay-Runde, könnte die EU aktiv die Verhandlungen über das WTO Agrarkapitel in der "Doha Entwicklungsrunde" mitbestimmen, ausgestattet mit einem Verhandlungskapital und einer Glaubwürdigkeit, welche die USA mit ihrer Farm Bill verloren haben.

Es wäre ein grundlegender Irrtum, diese unsägliche Farm Bill zum Anlaß zu nehmen, den Amerikanern auf ihrem Marsch in die Steinzeit der handelsverzerrenden Agrarpolitik zu folgen. Eine solche Politik löst keine Probleme, nicht für die Bauern, nicht für die Steuerzahler, nicht für die Verbraucher, nicht für die Erweiterung, und auch nicht für die WTO!

Ich bin absolut überzeugt, dass unser Weg auf jeden Fall der sinnvollere ist: Die Agrarpolitik mit der Gesellschaft zu versöhnen, Leistung und Gegenleistung klar zu definieren und damit die Budgetmittel zu rechtfertigen, das sind Botschaften, die unsere Bürger verstehen werden. Dadurch muss der Bauer der Zukunft nicht mehr als Almosenempfänger auftreten, sondern kann als marktorientierter Unternehmer und Umwelt- oder Landschaftsdienstleister von den europäischen Bürgern selbstbewußt eine finanzielle Gegenleistung einfordern.

Vielen Dank